sitzender: Dr. M. Suhrbier; Stellvertreter: Prof. Dr. h. c. J. Dieckmann, W.-P. Konzok; Generalsekretär: Dr. M. Gerlach. Zentralorgan: "Der Morgen"; außerdem besitzt die Partei vier Bezirkszeitungen. Funktionärorgan: "LDPD-Informationen".

Liberalismus: 1. im Kampf gegen den *¥eudalismus* und politischen Herrschaftsformen entstandene bürgerliche Bewegung und die ihr entsprechende politische Doktrin. Ideologisch beruhte der L. auf den aufklärerischen Thesen vom Naturrecht vom Gesellschaftsvertrag und von der Gewaltenteilung, die bürgerliche Bestreben widerspiegelten, die Macht des absolutistischen Staates einzuschränken. Der gesellschaftliche Fortschritt im Klasseninteresse der entstehenden Bourgeoisie sollte dem L. zufolge durch die freie, vom feudalabsolutistischen Staat (-\*■ Absolutismus) unbehinderte Bewegung der Individuen gewährleistet werden. Dementsprechend forderte der L. auf politischem Gebiet unter anderem allgemeines Wahlrecht, Presse-, Versammlungs-. Glaubens- und Gewissensfreiheit, Rechtssicherheit der Person, Gleichheit vor dem Gesetz und einen konstitutionellen Staat (konstitutionelle Monarchie oder bürgerliche Republik), der die Interessen der Individuen garantiere und schütze. Auf ökonomischem Gebiet forderte er Freiheit des Privateigentums, Freihandel und Gewerbefreiheit. Der L. verhielt sich revolutionären Volksbewegungen gegenüber zumeist ablehnend. Seine antirevolutionäre Grundhaltung kam in dem Bestreben zum Ausdruck, die liberalen Ziele möglichst auf dem Wege der Vereinbarung mit dem Feudalstaat zu erreichen. Namentlich in Deutschland verkümmerten die ursprünglich progressiven Züge des L. sehr rasch im Gefolge des während der Revolution von 1848/49 angebahnten und sich danach vertiefenden Klassenkompromisses von Großbourgeoisie und Junkertum. Nur eine ständig an Einfluß verlierende Minorität der Bourgeoisie hielt an ursprünglichen Forderungen des L. fest. Während die Bourgeoisie in ihrer Mehrheit die fortschrittlichen Grundsätze des L. verriet, wurde die Arbeiterbewegung zum konsequentesten Verfechter bürgerlich-demokratischer Rechte und Freiheiten. 2. In der revolutionären Arbeiterbewegung im übertragenen Sinne: Prinzipienlosigkeit, opportunistisches Verhalten.

Liga der Arabischen Staaten: am 22. 3.1945 auf der Konferenz der arabischen Staaten in Kairo unter ausschlaggebendem Einfluß Großbritanniens gebildet. Großbritannien verfolgte mit der Gründung der L. das Ziel, seinen Einfluß im Nahen Osten aufrechtzuerhalten. Mit dem Entstehen fortschrittlicher arabischer Staaten veränderte sich der Charakter der L. Anfangs gehörten ihr Ägypten, Syrien, Libanon, Transjorda-nien (Jordanien), Irak, Saudi-Arabien und Jemen an; ihr traten 1953 Libyen, 1956 Sudan, 1958 Marokko und Tunesien, 1961 Ku-weit und 1962 Algerien bei. 1950 wurde der Pakt der L. - ihr Grundsatzdokument - durch den Vertrag über kollektive Verteidigung und wirtschaftliche Zusammenarbeit ergänzt. Jeder arabische Staat kann Mitglied der L. werden. Noch nicht unabhängige Länder werden zur Mitarbeit in den Sonderausschüssen der L. zu wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und anderen Fragen zugelassen. Der ständige Sitz (Generalsekretariat) befindet sich in Kairo (VAR). Die Aufgaben der L.